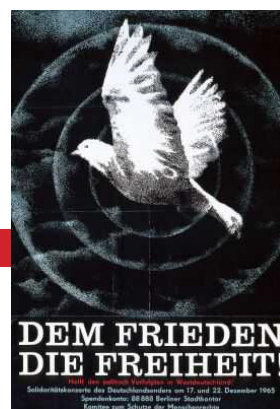
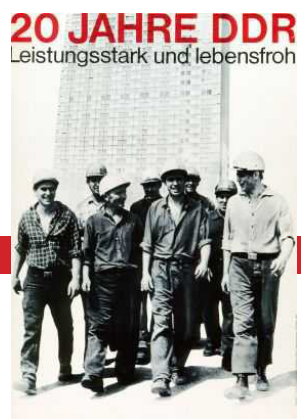


Egon Krenz

1949 und 1989 – Wendepunkte europäischer Geschichte

Rede auf der Veranstaltung zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR bei der „RotFuchs“-Regionalgruppe Berlin am 10. Oktober 2014







Nicht als Nostalgiker erinnern wir an die Gründung der DDR vor 65 Jahren. Wir sind vielmehr Zeitgenossen, die aus der Geschichte lernen. Uns liegen Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskin- der am Herzen.

Wir sind nicht rückwärtsgewandt, auch wenn wir inzwischen in die Jahre gekommen sind. Weil wir die DDR gut kennen, wehren wir uns gegen ihre Diffamierung und die Verfälschung ihrer Geschichte.

Es gab doch nicht nur – wie es bei bestimmten Leuten heute heißt – die anderen. Für Millionen Bürger war die DDR ihr Vaterland, dem sie viel von ihrer Lebenskraft gegeben haben – immer in der Überzeugung, damit dem Guten in Deutschland zu dienen. Wir sehen keinen Grund, dieses Leben entwerten zu lassen – von wem auch immer!

Wichtiger aber noch ist: Jede Unwahrheit über die DDR ist auch eine Barriere gegen die Zukunft. Horrormeldungen über sie sollen Ängste schüren vor sozialistischen Ideen und die Botschaft vermitteln: Nie wieder eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung zuzulassen!

Weil das nicht so gelingt, wie sich ihre Erfinder das wohl vorgestellt hatten, werden die Ausfälle gegen die DDR von Jahr zu Jahr primitiver und verlogener. Sie sind weniger an jene gerichtet, die in der DDR gelebt haben, als vielmehr an die Heranwachsenden, die die DDR aus eigener Anschauung nicht mehr kennen. Ihnen soll ein Zerrbild von der DDR aufgedrängt werden, das den Deutschen schon 1997 von einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages staatlich verordnet worden war¹ und nunmehr Punkt für Punkt abgearbeitet wird. „Ich bin ein leidenschaftlicher Gegner von Geschichtsklitterungen ... Geschichte muß sich gegen jede Einseitigkeit wenden, die in

¹ Nachzulesen ist dies in dem 1997 veröffentlichten Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Der hat mit Anlagen 15 000 Seiten.

aller Regel nur dazu gedacht ist, als Waffe im politischen Kampf der Gegenwart eingesetzt zu werden. Geschichtsbetrachtung darf nicht zurechtgebogene Einseitigkeiten schaffen und zu Knüppeln politischer Propaganda degradieren.“²

Dies könnte aus meinem Buch „Herbst '89“ sein. Doch der Mann, der das sagte, ist schon 1988 gestorben. Franz Josef Strauß hieß er. Wer will es uns verdenken, wenn wir Neubürger diese Maßstäbe auch für die DDR-Geschichte einfordern?

Wenn wir zurückblicken, interessieren uns Tatsachen, nicht Vermutungen. Nicht Verdächtigungen, nicht Unterstellungen. Wir prüfen Fakten, bevor wir urteilen, lassen uns nicht von tendenziösen Aktenberichten irritieren. Wir bagatellisieren nicht die Fehlentwicklungen der DDR, aber reduzieren die DDR nicht auf sie.

Wir unterscheiden uns durch differenziertes Herangehen an die Geschichte von denen, die der DDR per Dekret ein entstelltes Geschichtsbild aufzwingen wollen. Wir ordnen Tatsachen in Zusammenhänge der Nachkriegsgeschichte ein. Als neue Bundesbürger haben wir sehr wohl auch ein Recht, unsere Geschichte mit der westdeutschen zu vergleichen und auch nach den schwarzen Punkten der Entwicklung der alten Bundesrepublik zu fragen. Denn: Im Osten die Hölle und im Westen der Garten Eden – so ist die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht verlaufen.

Viel Sachlichkeit könnte schon dadurch erreicht werden, würden Politik und Medien dem Grundsatz folgen: Machen wir die DDR nicht schlechter, als sie war, und die BRD nicht besser, als sie ist. Deutschland ist ohne die DDR nicht demokratischer, nicht sozial gerechter und schon gar nicht friedliebender geworden. Als am 11. Oktober 1949 hier in Berlin Unter den Linden viele von uns dabei waren, als junge Leute aus ganz Deutschland Wilhelm Pieck zu seiner Wahl zum Präsidenten der Republik beglückwünschten, träumten Millionen Deutsche davon, daß – wie es Brecht im gleichen Jahr ausdrückte – „ein gutes Deutschland blühe wie ein andres gutes Land ... Und das liebste mag's uns scheinen so wie andern Völkern ihr.“³ Kaum jemand hätte sich damals wohl vorstellen können, daß es 65 Jahre später wieder tönt, Deutschland müsse in der Welt *mehr* sein, auch militärisch. Der Bundespräsident meint gar: „Manchmal (ist es) erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen.“⁴

Daß Meinungsführer in Deutschland ihm nicht widersprechen, ist für mich ein Zeichen, daß in Politik und Wirtschaft starke Kräfte einen Paradigmenwechsel wünschen. Damit wird ein gesellschaftlicher Grundkonsens verlassen, der selbst zu Zeiten härtester Systemkonfrontation zwischen der BRD und der DDR galt: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Zu Wochenbeginn veröffentlichte die FAZ einen Artikel von Pfar- rer Richard Schröder. Bei meinem Blick in die Zeitung glaubte ich zunächst, Opfer einer optischen Täuschung zu sein. Nicht mit „Schwerter zu Pflugscharen“ war der Artikel überschrieben, sondern „Schwerter und Pflugscharen“.⁵ Der DDR, die bis heute der einzige deutsche Staat bleibt, der nie einen Krieg

² Franz Josef Strauß: Erinnerungen, Siedler-Verlag, Berlin 1989, Seite 388

³ Aus: Bertolt Brecht, Kinderhymne, 1949

⁴ Vergleiche: Joachim Gauck, Interview mit dem Deutschlandfunk, 14. Juni 2014

⁵ Richard Schröder, Schwerter und Pflugscharen, FAZ vom 6. Oktober 2014, Seite 8

geführt hat, billigte er damals Schwerter nicht zu. Anders dem heutigen Staat, der seine Soldaten in 18 Ländern der Welt hat. Es ist schon verblüffend, wie Abwertung der DDR-Geschichte und die Vorbereitung der Deutschen auf neue Militäreinsätze Hand in Hand gehen.

Es macht mich tief betroffen, daß das deutsche Staatsoberhaupt ausgerechnet den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges nutzt, um jenes Land verbal anzugreifen, das die größten Lasten bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus getragen hat. Daß er nicht einmal in einem Nebensatz erwähnt, daß für Europas Freiheit 28 Millionen Sowjetbürger ihr Leben opfern mußten, läßt ahnen, was seine Aussage bedeutet, man dürfe sich nicht hinter deutscher Schuld verstecken.

Die historische deutsche Schuld gegenüber den Opfern zweier Weltkriege ist aber so gewichtig, daß man sie niemals relativieren darf. Vor allem muß auch in Erinnerung bleiben, daß das Sicherheitsbedürfnis Rußlands tief in einem Datum der deutschen Geschichte wurzelt. Dieses Datum ist der 22. Juni 1941, der Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Dieses Trauma war die Grundlage für die Staatsräson aller sowjetischen und später auch russischen Regierungen: Nie wieder dürfen gegnerische Truppen der heimatische Grenze so nahe sein wie damals.

Und was ist nun? Man sagt zwar Europa, meint aber die EU. Folglich ein Europa ohne Rußland. Das ist eine neue Grenzziehung quer durch den europätschen Kontinent, die die Kiewer Regierung sogar mit einer über 2300 km langen Mauer zementieren will. Frau Merkel, die am 9. November 1989 nach eigenen Aussagen aus der Sauna kommend einen Spaziergang an die Berliner Grenze machte, der von Medien inzwischen wie selbstverständlich als „Sturm auf die Mauer“ umfunktionierte wurde, wird nun von ukrainischer Seite gebeten, ihre Erfahrungen für den Bau einer Mauer weiter ostwärts zur Verfügung zu stellen. Die Heuchler haben Hochkonjunktur: Jene, die nicht müde werden, das Grenzregime des Warschauer Vertrages gegenüber der NATO zu kriminalisieren, beobachten jetzt geradezu mit Sympathie, daß die Trennlinie, die einst an Elbe und Werra verlief, nunmehr an die russische Grenze verlegt wird. Und der I-Punkt ist der Plan, dorthin sogar deutsche Soldaten zu schicken. Jeder von uns, der in seiner Jugendzeit den Roman „Die junge Garde“ von Fadejew gelesen hat, weiß, wie grausam gerade in diesem Gebiet deutsche Wehrmatsangehörige Partisanen bekämpft haben. So wie die DDR 1968 aus historischen Gründen nicht an der Militäraktion in der ČSSR beteiligt war, sollte sich die Bundesrepublik auch aus gleichen Gründen versagen, deutsche Soldaten in die Ukraine zu schicken.

Als ich am 1. November 1989 in Moskau bei Gorbatschow war, erklärte er mir, daß ihm der US Präsident versichert habe, daß sich kein verantwortungsvoller Politiker des Westens die deutsche Einheit vorstellen könne, solange es die NATO und den Warschauer Vertrag gebe. Wie immer man die spätere Kapitulation Gorbatschows bewertet, ohne sie wäre – wie es im westlichen Sprachgebrauch heißt – der „eiserne Vorhang“ nicht gefallen. Doch selbst der gewendete Gorbatschow hätte sich nicht im Schlaf vorstellen können, daß der „Lohn“ für die Auflösung des Warschauer Vertrages die Ausdehnung der NATO bis an die Grenze Rußlands sein würde.

Schon im September 2001 hatte Putin in einer Rede vor dem Bundestag gewarnt: „Noch vor kurzem schien es so, als würde

auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht ... von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben.“⁶

Statt eines würdigen Platzes im europäischen Haus wurde Rußland von der NATO ein Hinterzimmer und ein Katzentisch zugewiesen. In arroganter Weise nennt Obama das größte Land der Welt „eine Regionalmacht“⁷. Nachdem also Rußland seit mehr als 13 Jahren vor Konfrontationen – wie wir sie jetzt erleben – gewarnt hatte, ohne daß dies vom Westen ernst genommen wurde, sagt die russische Führung nun: Schluß mit der Diskriminierung Rußlands – keine weitere Osterweiterung der NATO!

In seinem Sommerinterview⁸ beim ZDF „wundert“ sich Herr Gauck über jene Deutsche, die Rußland anders wahrnehmen als er. Er reduziert das Land auf kritische Erscheinungen. Das Rußlandbild des Bundespräsidenten entspricht weder den Tatsachen noch der Geschichte Rußlands, nicht seinen Traditionen, nicht seinen Werten und schon gar nicht seiner Rolle in der Weltpolitik. Es ist gut für Deutschland, daß viele ein anderes Bild von Rußland haben als das deutsche Staatsoberhaupt.

In meiner politischen Laufbahn habe ich noch keinen bundesdeutschen Repräsentanten erlebt, der sich – dazu noch im Ausland – jemals so feindselig zu Rußland geäußert hätte wie der Bundespräsident. Willy Brandts legendärer Kniefall in Warschau war nicht mit einer Attacke gegen die Sowjetunion verbunden, sondern war die Bitte eines Mannes, der selbst gegen die Hitlerbarbarei gekämpft hatte, um Vergebung für die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Als Helmut Schmidt im Dezember 1981 zu Besuch in der DDR war, wurde in Polen gerade das Kriegsrecht verhängt. Schmidt nahm das nicht zum Anlaß zur Beschimpfung von Breschnew. Ihm war wichtiger, mit der DDR im Gespräch zu bleiben. Auch jetzt ist er realistischer als die heute Herrschenden. Sanktionen gegen Rußland bezeichnet er als das, was sie sind: „dummes Zeug“.

Brisante politische Situationen gab es ja auch zwischen sozialistischen Staaten. So war es in den achtziger Jahren infolge der durch die UNO beschlossenen Ausdehnung des Küstenmeeres auf 12 Seemeilen dazu gekommen, daß Świnoujście und Szczecin keinen freien Zugang mehr zur offenen Ostsee gehabt hätten. Nationalistische Kräfte in Polen versuchten wegen dieser durch internationales Recht entstandenen Situation, der DDR eine Revision der Grenze vorzuwerfen. So gerieten wir 1988 zu unseren polnischen Nachbarn in eine diffizile Lage. Dies um so mehr, da in diesem Seegebiet ein strategisch wichtiges Verbindungskabel der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zum Generalstab in der UdSSR lag. Ungeachtet dessen unternahm die DDR alles, daß es zu keinerlei Komplikationen mit unserem polnischen Nachbarn kam.

In der Pommerschen Bucht wurde eine Lösung auf Kosten der DDR und zum Vorteil der Volksrepublik Polen gefunden.

⁶ Rede von Wladimir Putin vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001

⁷ Vergleiche: „Spiegel-Online“ vom 25. März 2014

⁸ Vergleiche: Sommerinterview des Bundespräsidenten im ZDF am 6. Juli 2014

Wenn im Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen vom 14. November 1990 ausdrücklich auch auf den DDR-Vertrag vom 22. Mai 1989 über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht hingewiesen wird, so zeigt dies nur, daß die DDR dem staatlich vereinigten Deutschland keine unregelmäßigen Grenzfragen hinterlassen hat. In der DDR stand immer die gegenseitige Achtung der Völker im Vordergrund. Zu Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit wäre eine Rede eines deutschen Politikers – gleich, ob aus der DDR oder der BRD – mit so antirussischen Akzenten, wie sie jetzt Herr Gauck in Polen gehalten hat, undenkbar gewesen.

Der Bundespräsident spricht vom „Appetit“ von Diktatoren auf „territoriale Zugeständnisse“. Hat er vergessen, wie groß der Appetit der alten Bundesrepublik auf „Deutschland in den Grenzen von 1937“ war? Ohne die völkerrechtliche Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße durch die DDR schon am 6. Juli 1950 wäre eine deutsch-polnische Aussöhnung überhaupt nicht möglich gewesen. Die Sorge der Polen über die damalige Haltung der Bundesregierung in Grenzfragen haben mir noch am 2. November 1989 auch die damaligen polnischen Solidarność-Politiker Ministerpräsident Mazowiecki und der Fraktionschef der Solidarność im polnischen Parlament, Geremek, vorgetragen.

Und weil die Polen 1990 Angst hatten, das einheitliche Deutschland könne diese Grenze nicht anerkennen, haben die vier Siegermächte als Voraussetzung für die deutsche Einheit von der Bundesrepublik verlangt, diese Grenze zu akzeptieren. Das heißt: Die Bundesrepublik mußte erst durch die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens veranlaßt werden, ihren territorialen Appetit zu zügeln.

Die Geschichte lehrt etwas anderes, als das deutsche Staatsoberhaupt meint. Sie lehrt vor allem: In Europa wird es gegen Rußland keinen Frieden geben können. Und: Deutschland wird es in Konfrontation zu Rußland niemals gutgehen können. Das wußte schon der „Eiserne Kanzler“ Bismarck.

Was soll angesichts der ohnehin äußerst komplizierten internationalen Situation die Drohung aus deutschem Munde: „Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen.“⁹ Gegen wen denn? Was wird passieren? Rußland wird sich dem widersetzen. Und was dann? Neue Runden des Wettrüstens? Oder gar militärische Optionen? Die Waffen schweigen hierzulande glücklicherweise! Doch: Gibt es nicht schon jetzt einen deutschen Propaganda- und Handelskrieg gegen Rußland?

Der Bürgerkrieg in der Ukraine ist ein Drama. Meine Sympathie haben weder die russischen noch die ukrainischen Oligarchen. Die Verlierer werden die dortigen Menschen sein, Russen und Ukrainer gleichermaßen. Gerade deshalb müssen die Herrschenden hierzulande begreifen, daß Russen und Ukrainer Jahrzehnte in Eintracht gelebt haben, nicht immer ohne Probleme, aber freundschaftlich miteinander verbunden – solange sich NATO und EU nicht eingemischt hatten. Seit es die Sowjetunion nun nicht mehr gibt, fehlt ein Gegenpol zu den Weltmachtambitionen der USA. Ihr Profitstreben ist nun unbegrenzt. Es ist mit

geopolitischen Zielen verbunden, die zu neuen unvorstellbaren Kriegen führen können.

Politiker und Journalisten drängen uns geradezu die Vorstellung auf, es gebe nur eine Zivilisation, nämlich die westliche. Die USA meinen gar, eigentlich nur die ihre. Ihr System sei das einzig humanistische und demokratische auf der ganzen Welt, weshalb sich andere Länder danach auszurichten hätten. Diese arrogante Beurteilung und die daraus abgeleitete Politik ist eine der entscheidenden Ursachen für weltweite Spannungen der Gegenwart.

Was wir gegenwärtig erleben – ob in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten oder bei den unzähligen Bürgerkriegen von Afrika bis Afghanistan – ist auch eine Folge der Zerschlagung der Sowjetunion, an der Gorbatschow und Jelzin eine dicke Aktie haben. Während Gorbatschow noch 1991 über „neues Denken“ philosophierte, verharrte die NATO im alten Denken der Konfrontation. Und das bis in die Gegenwart hinein!

Kürzlich fragte ein amerikanischer Fernsehreporter den US-Strategen Henry Kissinger: „Glauben Sie, daß er (Putin) beobachtet, was in der Ukraine passiert, und denkt, der Westen und die USA würden dies im Grunde als Schritt zur Umzingelung Rußlands betreiben?“ Antwort von Kissinger: „Ich glaube, daß er denkt, daß dies eine Generalprobe ist für das, was wir in Moskau tun möchten.“¹⁰

Genau darum geht es den USA in Rußland. Es soll destabilisiert werden. Es soll genauso werden wie der Westen. Am 12. Februar 2007 machte Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz dem Westen aber klar, daß Rußland seine eigenen Werte hat. Die NATO-Ost-Erweiterung, so der russische Präsident, sei für sein Land „ein provozierender Faktor“, „der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt“¹¹.

Seither gilt Putin bei Politikern des Westens und ihren Medien als „Sowjetnostalgiker“, als „neuer Zar mit KGB-Vergangenheit“, als Lügner, als Friedensfeind, als jemand, der angeblich den gleichen territorialen Appetit wie Hitler haben soll. Wie soll jemals wieder Vertrauen zwischen den führenden Politikern Deutschlands und Rußlands entstehen, wenn man den Präsidenten eines Partners mit so negativen Urteilen versieht? Wer so redet, will nicht Verständigung, sondern setzt auf Konfrontation.

Interessant ist, daß die Ausrufung Putins zum europäischen Bösewicht zeitlich zusammenfällt mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Chodorkowski. Der Westen verzeiht dem russischen Präsidenten nicht, daß er Schluß gemacht hat mit dem Chaos der Jelzin-Zeit, dem Ausverkauf Rußlands und der Übergabe der Naturreichtümer des Landes an internationale Konzerne. Nachdem der Westen mit dem willigen Gorbatschow und dem stets alkoholisierten Jelzin politisch machen konnte, was er wollte, ist man nun erschrocken, daß Rußland einen Präsidenten hat, der russische und nicht NATO-Interessen vertritt.

Zu manchen Punkten der Politik Putins habe ich durchaus meine Vorbehalte. Er ist weit davon entfernt, als Sozialist oder Kommunist zu handeln. Doch wie er seinen Landsleuten nach den Demütigungen der 90er Jahre ihre nationale Würde wiederzugeben versucht, ist schon bemerkenswert.

⁹ Rede des Bundespräsidenten bei der polnischen Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Zweiten Weltkrieges, zitiert nach „Süddeutscher Zeitung“

¹⁰ Kissinger in einer am 2. Februar 2014 ausgestrahlten CNN-Sendung

¹¹ Rede Putins auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 12. Februar 2007

Länder, die sich dem Diktat der USA und ihrer Verbündeten widersetzen – ob Rußland oder China, Kuba oder Venezuela –, Länder mit anderen Werten, anderer Geschichte, anderen Traditionen, anderen Erfahrungen passen nicht in das Denken der politischen Eliten von USA, NATO und EU. Ein sachliches Erinnern an sozialistische Werte schon gar nicht. Gerade deshalb gibt es parallel zum Streben um die Neuordnung der Welt auch einen global geführten Kampf um die Deutungshoheit der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit den zwei Weltkriegen, der Oktoberrevolution sowie den beiden entgegengesetzten Weltsystemen und feindlichen Militärblöcken, eingeschlossen die Propaganda gegen die DDR.

Was sich zwischen 1945 und 1989 in Deutschland vollzog, hat viel mit den Jahren 1933 bis 1945 zu tun. Und damit, wie beide deutsche Staaten daraus Schlußfolgerungen zogen. Wer seinen Blick dafür verliert und einseitig auf Schmähungen der DDR setzt, wird dem hohen Anspruch, aus der Geschichte zu lernen, nicht gerecht werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich an einen der theoretischen Köpfe der PDS, nämlich an Michael Schumann, erinnern. Er hatte auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 gewarnt: „Wenn ... die gesamte Geschichte unserer Republik und unserer Partei ins Spiel kommt, wir aber den Scheinwerfer auf eine bestimmte Achse unserer Entwicklung richten, besteht die Gefahr eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat. Ein solches Bild wäre unwahr, und es wäre ungerecht. ... Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschen Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewißheit, daß sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben. ...“¹²

Diese gute Spur darf nicht versanden. Vor allem muß sie berücksichtigen, daß die DDR eine über vierzigjährige Geschichte hat. Wer diese auf die extrem schwierigen Jahre von 1985 bis 1989 reduziert, als die Sowjetunion bereits auf dem Sterbebett lag, oder nur Zitate eines totkranken Honeckers anführt, der verwischt diese gute Spur.

Auf keinen Fall kann sie durch die undefinierte Vokabel „Unrechtsstaat“ ersetzt werden. Würde man wenigstens, was ein Unrechtsstaat sein soll, könnte man sich ja damit auseinandersetzen. Aber trotz Durchwühlen aller mir zugänglichen politischen Wörterbücher habe ich nur erfahren, daß es sich um einen Schmähbegriff handelt. Mit einem Totschlagsbegriff Geschichte beurteilen zu wollen, bedeutet, auf jede Differenzierung zu verzichten. Bei meinen Recherchen bin ich allerdings auf eine interessante Formulierung eines bundesdeutschen Juristen gestoßen: Man könne, so heißt es, einen Staat nicht deshalb Unrechtsstaat nennen, weil er nicht dem Modell des klassischen bürgerlichen Rechtsstaats und insbesondere nicht dem bundesdeutschen Rechtsstaatsbegriff entspricht. Es hat zwar nach 1990 einige Gerichtsurteile aus DDR-Zeiten gegeben, die von bundesdeutschen Gerichten aus politischen Gründen aufgehoben wurden. Aber im Verhältnis zu allen Rechtsakten, Gesetzen und Verordnungen der DDR bewegen wir uns hier im Promillebereich.

Besonders niederträchtig aber ist, daß dieser Begriff im politischen Leben in Deutschland sowohl auf die Nazibarbarei wie auf die DDR angewendet wird. Kein anderer Staat auf dieser Welt wird sonst noch als „Unrechtsstaat“ gebrandmarkt. Die DDR wird sogar noch schlimmer behandelt als die Nazidiktatur, die in Deutschland ganz offiziell als „Nationalsozialismus“ bezeichnet wird, so, wie sich die Nazis selbst sahen. In der DDR aber wußte schon jedes Kind, daß der deutsche Faschismus weder national noch sozialistisch, sondern einmalig verbrecherisch war. Die DDR und die Nazidiktatur mit den gleichen Etiketten zu versehen, ist für die vielen, die sich aus antifaschistischer Gesinnung für die DDR entschieden, ehrabschneidend.

1. Die DDR war etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte

Beim Werden und Wachsen der DDR gab es Siege und Niederlagen, Freude und Enttäuschung – leider auch Opfer. So sehr diese zu bedauern sind, bleibt doch wahr: Die Geschichte der DDR ist keine Kette von Fehlern. Sie ist vielmehr die Geschichte eines Ausbruchs aus dem ewigen deutschen Kreislauf von Krieg und Krisen, eines Aufbruchs für eine Alternative zum Kapitalismus, einer Absage an Faschismus und Rassenhaß, Antisemitismus und Russenphobie. Die DDR wollte nie so sein, wie die Bundesrepublik war oder heute ist. Sie war – auch wenn dies unseren Gegnern schwer im Magen liegt – die deutsche Heimstatt des Antifaschismus.

Die DDR hatte Defizite. Das ist leider wahr. Niemand ärgert sich darüber mehr als jene, die in der DDR ihr Vaterland hatten. Nicht alle, aber viele Ursachen für die Defizite waren der DDR bereits in die Wiege gelegt worden: Ganz Deutschland hatte den Krieg verloren. Aber nur ein Drittel, nämlich die Ostzone und später die DDR, zahlte dafür. Wer dies nun auch noch zum Anlaß nimmt, um anzuklagen, die Russen seien ja verantwortlich, weil sie der DDR die Reparationen nicht erlassen hätten, vergißt, daß die deutschen Angreifer im Sowjetland verbrannte Erde, zerstörte Dörfer, Städte und Fabriken hinterlassen hatten. Keinerlei Reparationszahlungen – und wären sie noch so hoch gewesen – hätten diese gesamtdeutsche Schuld tilgen können. Die DDR hat sie anerkannt und allein bezahlt. In Würde und durch beispielhafte Leistungen ihrer Bürger. Und das zu einer Zeit, als die Bundesrepublik mit Hilfe des Marshallplans zur europäischen Hauptbasis der USA im Kalten Krieg ausgebaut wurde. Manchmal frage ich mich schon: Was wäre wohl aus dem kapitalistischen Westdeutschland geworden,

- wenn es die Reparationen für ganz Deutschland hätte zahlen müssen,
- wenn es statt der 100 intakten Hochöfen nur die vier zerstörten in Ostdeutschland gehabt hätte,
- wenn es über Nacht von einer separaten Währungsreform überrascht worden wäre.

Sicher, dies ist rhetorisch gefragt, und die Antwort wäre auch spekulativ. Mir geht es aber um folgendes: Die gleichen Herrschaften aus der alten Bundesrepublik, die jahrelang einen erbitterten Wirtschaftskrieg gegen die DDR organisiert und geführt haben, maßen sich jetzt das arrogante Urteil an, „die DDR habe die ostdeutsche Wirtschaft ruiniert“. Die DDR hat 1949 keine blühenden Landschaften übernommen, wohl aber Ruinen über Ruinen und immer wiederkehrende Embargos und

¹² Michael Schumann, Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS, Karl-Dietz-Verlag, Berlin 1999, Seite 182

andere Störungen durch den Westen. Es gab hier nichts, was hätte „heruntergewirtschaftet“ werden können. 1950 betrug auf Grund der Ausgangsposition der Rückstand der DDR in der Arbeitsproduktivität gegenüber der jungen Bundesrepublik 60 bis 70 Prozent. 1989 waren es noch immer 45 %. Die vom Kapitalismus hinterlassene Ausgangsposition in Ostdeutschland war so miserabel, daß auch 40 DDR-Jahre nicht reichten, sie auszugleichen.

Dennoch: In der DDR von 1989 steckte die Aufbauleistung von Generationen. Es wäre ein Schritt in Richtung tatsächlicher deutscher Einheit, würde die Obrigkeit des Landes diesen Leistungen mehr Respekt entgegenbringen. Auch mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit und mit gleicher Rente für gleiche Lebensleistungen. Selbst ein in der DDR geborenes Kind ist laut Regelung der Mütterrente weniger „wert“ als eines, das im Westen auf die Welt kam. Daß auch die Pflege eines bedürftigen Ostdeutschen weniger finanziellen Aufwand bedarf als die eines Westdeutschen, zeigt nur, wie weit wir noch von einer wirklichen Einheit entfernt sind.

Wie eine geheiligte Schrift geistert seit 25 Jahren das vergilbte sogenannte Schürer-Papier durch die Medien. Es wird – weil es bestens zum DDR-Miesmachen paßt – nicht zur Kenntnis genommen, daß Schürer selbst und vor allem die Deutsche Bundesbank dieses Papier längst korrigiert haben.¹³ Die DDR war nicht pleite. Sie stand auch nicht vor dem ökonomischen Bankrott. Ja, sie hatte sehr schwierige ökonomische Probleme zu lösen, hausgemachte und auch unverschuldete. Wer wollte das bestreiten?

Doch sie hat all ihre Verpflichtungen pünktlich beglichen. Der damalige Bundesfinanzminister Waigel sprach 1990 im Deutschen Bundestag von einer DDR-Verschuldung von 13 % des Bruttosozialprodukts. Das ergibt – umgerechnet auf Euro – ca. 1800 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Die BRD war im gleichen Jahr mit 8100 Euro pro Kopf der Bevölkerung verschuldet. Heute beträgt die Staatsverschuldung der Bundesrepublik über 80 % des Bruttosozialprodukts. Das sind 25 000 Euro pro Kopf. Von den Überschüssen der DDR in ehemaligen sozialistischen Ländern hat die Bundesregierung entweder ihre eigenen Schulden in diesen Ländern bezahlt oder später den Beitritt von RGW-Staaten in die EU gesponsert.

Es gibt Leute, die sprechen gern über die Defizite und verschweigen, was auf der Habenseite der DDR steht. Ich kann hier nur einige Begriffe nennen, deren Inhalte die Propagandisten des Unrechtsstaates wohl vergessen haben, obwohl diese Bausteine der DDR-Politik waren und die Lebensläufe von DDR-Bürgern entscheidend prägten:

- strengste Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher im Osten Deutschlands
- Bodenreform
- Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher
- Volkseigentum, Recht auf Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Justizreform, die garantierte, daß kein Nazirichter im Amt blieb
- Schulreform, Neulehrer, die keine NSDAP-Mitglieder waren
- Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, Hochschulreform
- Grundrechte der jungen Generation

¹³ Vergleiche auch: Gerhard Schürer, *Gewagt und verloren*, edition ost, 2014

- Vollbeschäftigung
- Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau
- frohe Ferientage für alle Kinder
- 10klassige polytechnische allgemeinbildende Oberschule für alle Kinder
- Kindergärten und Kinderkrippen mit hohem Bildungs- und Betreuungsniveau
- sozialpolitisches Programm, Polikliniken, Wohnungsbauprogramm, Hausgemeinschaften
- Koalition der Vernunft: Raketen – dieses Teufelszeug muß weg von deutschem Boden!
- internationale Solidarität

und vieles mehr.

Die DDR brach das Bildungsprivileg der Reichen, sie steckte Geld in Arbeitsplätze statt in die Arbeitslosigkeit. Die Jugend ging nach der Ausbildung zur Arbeit und nicht zum Arbeitsamt. Wir ließen keine Brücken in Jugoslawien oder Tankzüge in Afghanistan bombardieren.

Die Verfassung der DDR von 1968 wurde in einem Volksentscheid bestätigt. Grundlegende Gesetze wurden in Volksaussprachen diskutiert. Kein Gesetz hat die Volkskammer so verlassen, wie es eingereicht wurde. Die Ergebnisse der Volksaussprache fanden in der Regel Eingang in die Endfassung. Die DDR hatte ein modernes Arbeitsgesetzbuch, um das uns damals auch Gewerkschafter aus der alten Bundesrepublik beneideten.

In der ganzen Welt gibt es Gefängnisse. Auch in der Bundesrepublik. Überfüllte sogar, wie ich aus eigener Erfahrung weiß. In der DDR, so wird suggeriert, saßen in den Gefängnissen fast nur Politische. Wahr ist, auf 100 000 Einwohner kamen in der DDR 690 Straftäter. Diese Kriminalitätsrate war sehr gering. Es gab aber auch in der DDR ganz gewöhnliche Kriminelle. Aus meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Amnestiekommission 1987 weiß ich: Am 20. Juni 1987 befanden sich exakt 27 523 Erwachsene in Haft. 4 % von ihnen hatten einen politischen Hintergrund. Amnestiert und aus der Haft entlassen wurden in dieser Zeit 24 621 Personen. Es blieben also rund 3000 Personen in den Gefängnissen. Dies waren Nazi- und Kriegsverbrecher, Mörder, Gewalt- und Sittlichkeitsverbrecher.

1987 gab es in der DDR 46 Strafvollzugsanstalten und 36 Untersuchungshaftanstalten. In der heutigen Propaganda werden sie nur Zuchthäuser genannt. Von den ursprünglich 27 523 Häftlingen waren ca. 25 000 zur Arbeit eingesetzt. Wenn das Zwangsarbeit gewesen sein soll, dann gibt es sie auch heute in der Bundesrepublik. Im Haftvollzugsgesetz der Bundesrepublik heißt es, „jeder arbeitsfähige Strafgefangene ist verpflichtet, Arbeit zu leisten“.

Jeder, der in der DDR zu Unrecht inhaftiert war, war einer zuviel. Das ist überhaupt keine Frage. Ich bin der letzte, der das bestreitet. Doch so zu tun, als sei das die Regel gewesen, und in der DDR sei man nur aus politischen Gründen inhaftiert worden, ist mehr als unredlich. Da Angela Merkel, Bundestagsabgeordnete mit DDR-Biographie, und andere Politiker nicht aus den DDR-Gefängnissen in die bundesdeutsche Politik kamen, bleibt nach der Logik der Feststellung, daß „jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren war(en), die sich nicht systemkonform verhielten“, nur der Schluß: Unsere Spitzenpolitiker waren in der DDR besonders systemtreu.

Am letzten Augustwochenende veröffentlichte das „neue deutschland“ einen Artikel mit der Überschrift „Der Osten.

Eine Suche¹⁴ mit interessanten Argumenten über ostdeutsche Mentalitäten. Aber natürlich war die DDR nicht in erster Linie eine Sache der östlichen Himmelsrichtung, sondern der Gesellschaftsordnung. Was heute aus dieser Zeit noch vorhanden ist, hat viel damit zu tun, daß es in der DDR im großen und ganzen ein solidarisches menschliches Miteinander gab. Nicht der Ellenbogen, sondern Kopf und Herz waren dafür entscheidend. Der Mensch war nicht des Menschen Wolf. Auch das war und bleibt wohl für lange Zeit einmalig in Deutschland.

2. Nur ein geschichtliches Experiment?

Gelegentlich ist zu hören, die Gründung der DDR sei ein „legitimer Versuch“ gewesen. Versuch? Was für einer? Für das Wort „Versuch“ steht im Lexikon „Experiment“ als Synonym. War die DDR wirklich nur ein geschichtliches Experiment?

Vielleicht war sie dies für Außenstehende oder für Menschen, die die DDR nur von ihrem Ende her betrachten, oder auch für solche, die nie eine emotionale Bindung zu ihr hatten. Haben aber die Antifaschisten und die Aktivisten der ersten Stunde damals gesagt: Jetzt versuchen wir es halt einmal, machen einfach nur mal so ein Experiment, egal, wie es ausgeht?

Wohl kaum. Vielmehr verband sie eine große Idee, die für ganz Deutschland und für alle Zeiten gelten sollte. Sie war die Konsequenz aus 12jähriger Nazibarbarei. Sie hieß: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Dieser Schwur von Buchenwald war das Motiv für das Handeln jener, die den Grundstein der DDR legten.

Wie abwegig ist dagegen das Geschichtsbild des Bundespräsidenten. Als er gewählt wurde, bekannte er schon im zweiten Satz seiner Rede: „Wir ..., die nach 56jähriger Herrschaft von Diktatoren endlich Bürger sein durften. ...“ Was bedeutet diese Aussage? Der Bundespräsident wirft 12 Jahre Hitler-Barbarei, 4 Jahre sowjetisch besetzte Zone und 40 DDR-Jahre in einen Topf.

Wieviel geschichtliche Ignoranz steckt in diesem Satz? Haben etwa die Leute, die aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aus der Emigration und dem Widerstand kamen, das grausame Werk Hitlers fortgesetzt? Absurd!

Warum eigentlich gingen Geistesschaffende wie Bert Brecht, Anna Seghers, Arnold Zweig, Johannes R. Becher, Stefan Hermlin, Friedrich Wolf, Max Lingner, Lea Grundig, Theo Balden, Wieland Herzfelde, Helene Weigel, Hanns Eisler, Bodo Uhse, Erich Wehnert, Ernst Busch, Ludwig Renn, Wolfgang Langhoff, Eduard von Winterstein, Hedda Zinner, Gustav von Wangenheim und viele andere nicht nach Westdeutschland, sondern kamen in die Ostzone bzw. später in die DDR?

Haben sie sich nicht gerade deshalb für die DDR entschieden, weil sie hier die Möglichkeit sahen, Krieg und Faschismus endgültig aus dem Leben der Menschen zu verbannen?

Kamen sie nicht auch deshalb hierher, weil sie die Restauration des Kapitalismus und die Wiederaufrüstung im Westen ablehnten? Weil sie wollten, daß das deutsche Kapital nie wieder Zugriff auf Ostdeutschland bzw. die DDR bekommt.

Ein Mann wie Brecht hat sich dazu unmißverständlich ausgedrückt: „Ich habe meine Meinungen nicht, weil ich hier bin“, sagte er, „sondern ich bin hier, weil ich meine Meinungen habe.“

Schon einige Jahre vor seiner Präsidentschaft sagte Gauck: „Wir konnten nicht zulassen, daß die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben.“ Dies war eine unglaubliche Gleichsetzung von Tausenden entlassenen Lehrern und Wissenschaftlern, Juristen und Angestellten der DDR mit dem Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen. Um in Erinnerung zu rufen, mit welchem Mordgesellen die DDR-Eliten verglichen wurden: Globke schrieb: „Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für allemal vorbei ist.“

Schlimm genug, daß dieser Mann in der Bundesrepublik zum wichtigsten Politiker hinter Konrad Adenauer aufstieg. Wie weit muß jemand von geschichtlicher Wahrheit entfernt sein, der Globke heranzieht, um zu begründen, warum 1990 die Eliten der DDR gegen Westimporte ausgetauscht wurden?

Ich habe lange überlegt, warum er das macht. In einer seiner Reden zum 100. Jahrestag des 1. Weltkrieges hat er etwas ausgesprochen, was eine Antwort darauf geben könnte: „Als ich aufwuchs“, sagte er, „gab es in unserem Haushalt noch die sogenannte patriotische Literatur über deutsche Kriegshelden, die Seekriegsflotte, U-Boot-Helden oder die berühmten Jagdflieger.“¹⁵ Der Bundespräsident ist Jahrgang 1940. Kaum anzunehmen, daß er schon als 5jähriger von dieser Literatur wußte. Eher wahrscheinlich, daß er damit auch später Umgang hatte.

In meinem Zuhause jedenfalls gab es solche Literatur nicht. In der Schule schon gar nicht. In der DDR war sie von Anfang an verboten. Ich wäre auch als Kind nicht auf die Idee gekommen, von „deutschen Kriegs- und U-Boot-Helden“ und „berühmten Jagdflieger(n)“ zu sprechen und diese Literatur auch noch „patriotisch“ zu nennen, selbst wenn davor „sogenannt“ steht.

Der Bundesgerichtshof hat festgestellt: Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus sei in der Bundesrepublik „fehlgeschlagen“. Man dürfe – wenn es um die DDR gehe – den gleichen Fehler nicht noch einmal machen, hieß es. Ich frage mich, wie man auf eine so unsinnige Formulierung kommt. Fehlgeschlagen ist doch wirklich nicht das richtige Wort. Die alte Bundesrepublik brauchte die Nazis zum Aufbau. Die DDR-Eliten brauchte sie nicht. Nach vorliegenden Untersuchungen wurden 1933 im Deutschen Reich 11 % der Eliten der Weimarer Republik ausgetauscht. 1945 waren es auf dem Territorium der alten Bundesrepublik 13 % der Nazi-Eliten – mehr nicht!

1990 dagegen wurden 85 % der DDR-Eliten gerichtet. Darin zeigt sich abgrundtiefer Haß der Verantwortlichen, der mit „Liebe zur Freiheit“ nicht erklärbar ist. Daß nun zwei Ostdeutsche Spitzenämter haben, verdeckt eher die tatsächliche Machtverteilung: Obwohl Ostdeutschland ca. 20 % der Bevölkerung der Bundesrepublik stellt, sind nur ca. 5 % der Ostdeutschen in Führungspositionen von Politik, Justiz, Armee, Medien, Kultur und Vorständen von Unternehmen. Daß Bundespräsident und Bundeskanzlerin aus dem Osten kommen, hängt doch nicht mit deren DDR-Biographien zusammen. Vielmehr wurden sie gewählt, nachdem sich westdeutsche Kandidaten für diese Ämter politisch und moralisch verbraucht hatten.

¹⁴ neues deutschland, 39./31. August 2014, Seite 18

¹⁵ Rede des Bundespräsidenten am 3. August 2014 auf einer Gedenkveranstaltung in Frankreich

3. Über unsere Vergangenheit zu reden, heißt auch, die Frage zu beantworten: Wer hat Deutschland gespalten?

Inzwischen ist durch Dokumente bewiesen: Die UdSSR hatte an einer Spaltung Deutschlands kein strategisches Interesse. Wäre es nach dem Willen der UdSSR sowie der Kommunisten und Sozialdemokraten der sowjetischen besetzten Zone gegangen, wäre aus Deutschland „ein antifaschistische(s), demokratische(s) Regime, eine parlamentarisch-demokratische(n) Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“¹⁶ geworden. So steht es im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Und weiter heißt es dort: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“¹⁷

Wenige Tage nach der Gründung der DDR erhielten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl ein bemerkenswertes Telegramm aus Moskau. Absender war Stalin. Auch auf die Gefahr hin, daß man mich deshalb einen Stalinisten nennt, werde ich aus diesem historischen Dokument zitieren: „Die Bildung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt.“

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, die Gründung der DDR könne als Spaltung Deutschlands verstanden werden, endet das Telegramm mit dem Satz: „Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische friedliebende Deutschland.“¹⁸ Nur wenige Monate später schickte der sowjetische Regierungschef 1950 zur Bekräftigung ein Telegramm zum Deutschlandtreffen der Jugend mit dem Text: „Ich wünsche der deutschen Jugend, dem aktiven Erbauer eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschlands, neue Erfolge bei diesem großen Werk.“

Geschichtlich bleibt also unbestreitbar: Solange die Sowjetunion und mit ihr auch die DDR existierten, gab es in Europa keinen Krieg. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings auch: Das Verschwinden der DDR von der politischen Landkarte ist ebenfalls ein europäischer Wendepunkt: Zum ersten Mal nach 1945 wurde Krieg in Europa – sogar mit deutscher Beteiligung – wieder möglich.

Das Unglück der Deutschen war nicht die DDR. Das Unglücksdatum der Deutschen ist der 30. Januar 1933. Ohne den Machtantritt Hitlers kein zweiter Weltkrieg. Ohne Krieg keine deutsche Niederlage, ohne Niederlage weder Jalta noch Potsdam, weder DDR noch Bundesrepublik, weder Grenze an Elbe und Werra noch die Berliner Mauer. Die DDR wurde nicht gegründet, um Deutschland zu spalten. Deutschland war gespalten, als die DDR gegründet wurde.

Zu welchem Zweck? Auch das geht inzwischen aus Archiven hervor. Dort ist beispielsweise eine Rede des damaligen Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, aufbewahrt. Darin heißt es: „Als dem geographi-

schen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung zu. ... Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden.“ Die Kurzfassung seiner Argumentation wurde bisher Adenauer zugeschrieben. Tatsächlich geht sie aber auf Eisenhower zurück: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“¹⁹

Dies entsprach haargenau dem Willen Konrad Adenauers. Schon am 5. Oktober 1945 hatte er formuliert: „Der von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren.“²⁰

Die DDR war 1949 noch nicht einmal gegründet, die Untaten, die ihr heute angelastet werden, noch nicht einmal existent, da legten Antikommunisten schon fest: Der ostdeutsche Staat würde nicht rechtens sein. Als das Grundgesetz vorbereitet wurde, verkündete einer seiner Väter, „alles deutsche Gebiet außerhalb der Bundesrepublik sei als Irredenta“²¹, also als Gebiet unter Fremdherrschaft, anzusehen, „deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre“. Und wer sich dem nicht unterwerfe, sei „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen“²².

Dementsprechend erklärte Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung am 21. Oktober 1949, die Bundesrepublik sei „die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“. Nur sie „sei befugt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen“.²³ Was war das anderes als eine Ausgrenzung der Ostdeutschen? Oder anders gesagt: Das war die erste regierungsamtliche Abgrenzung der BRD von der DDR, wie sie danach in nur veränderten Nuancen bis 1989 bestehen blieb.

1952 prahlte Adenauer gegenüber dem französischen Außenminister: „Vergessen Sie nie, daß ich der einzige Regierungschef bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Vaterlandes vorzieht.“ Und auch das sagte er: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung ist die Parole.“²⁴

Daß dies auch Einfluß auf die Sicherheitsdoktrin der DDR hatte, ist Tatsache. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten waren immer ein Anwendungsfall der Ost-West-Beziehungen, besonders der zwischen der UdSSR und den USA. Beide deutsche Staaten waren Ergebnisse des Sieges der Alliierten über Hitlerdeutschland und zugleich Kinder des Kalten Krieges. Ihr Verhältnis zueinander war stetes das von Aktion und Reaktion. Die Bildung der DDR war ein Reflex auf die Entstehung der Bundesrepublik. Auf die Ablehnung der sowjetischen Deutschlandnote

¹⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1952, Nr. 39, Seite 401

²⁰ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, DVA, Stuttgart 1965, Seiten 34/35. Zitiert nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, Seite 381

²¹ Das Wort Irredenta steht auch für ein nicht befreites, unter Fremdherrschaft stehendes Gebiet. Siehe Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart 1995

²² Siehe: Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Protokolle der Sitzungen der Unterausschüsse, Unterausschuß I: Grundsatzfragen, Bundesarchiv (Koblenz)

²³ Siehe: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Stenografische Berichte, Band 3, Bonn 1950

²⁴ Konrad Adenauer, „Rheinischer Merkur“ vom 20. Juli 1952

¹⁶ Siehe Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945.

¹⁷ Ebenda

¹⁸ Vergleiche: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz-Verlag, Berlin 1966, Band 7, Seiten 335/336

1952 durch die Westmächte und Adenauer folgte der militärische Ausbau der DDR-Staatsgrenze als strategische Verteidigungslinie der Sowjetunion an Elbe und Werra. Die Entstehung des Warschauer Vertrages war die Erwiderung auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Die Geschichte der DDR kann nicht wahrheitsgemäß aufgearbeitet werden ohne den Vergleich mit der Geschichte der alten Bundesrepublik. Letzteres findet aber immer noch nicht statt. Der Gründungsmaßel und die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik werden nach wie vor verklärt, und die DDR wird zum Sündenbock deutscher Nachkriegsgeschichte gemacht. Wer sich öffentlich der DDR erinnert, wird heutzutage als „Ostalger“ denunziert. Doch wie ist es mit „Westalgie“? In der BRD gab es doch auch nicht nur das Wirtschaftswunder, die Fußballweltmeisterschaft von 1954, den „Käfer“ oder die Italienreisen.

Da gab es doch auch im Oktober 1948 in Süddeutschland die größte Protestaktion der Arbeiter in Deutschland seit dem Kapp-Putsch, bei der die US-Militärpolizei Tränengas und Panzer eingesetzt hatte. Und was ist mit den über 200 000 Ermittlungsverfahren gegen Remilitarisierungsgegner? Was mit dem Verbot von KPD und FDJ? Was mit der Verhaftung gewählter Parlamentarier und ihre Verurteilung mit hohen Freiheitsstrafen wie Jupp Angenfort? Was mit dem Todesschuß auf Philipp Müller? Was mit dem Kontaktverbot von bundesdeutschen Amtsträgern mit DDR-Bürgern? Was mit den Berufsverboten? Was mit den Zuständen, die Prof. Dr. Josef Foschepoth in dem bemerkenswerten Buch „Überwachtes Deutschland – Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik“ schildert? Der Zeithistoriker kommt darin zu der Schlußfolgerung: „Die Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 war ein großer, effizienter und effektiver Überwachungsstaat.“

Millionen und aber Millionen Postsendungen, heißt es, seien Jahr für Jahr ausgewertet und teilweise vernichtet worden. Millionen und aber Millionen Telefonate seien abgehört worden. Nahezu alle eingehende Post aus der DDR und massenweise Briefe und Pakete aus anderen osteuropäischen und kommunistischen Staaten wurden angehalten und zensiert. (Bis zu 8000 private Briefe aus der DDR wurden pro Monat geschreddert.) Soll das alles rechtsstaatlich gewesen sein? Und warum erfahren die Bundesbürger dies nur durch Zufall?

Es wird deutlich, heißt es in dem zitierten Buch: „Die Geschichte der Bundesrepublik ist noch nicht geschrieben.“ Ich lege Wert auf die Feststellung, daß dies nicht meine ideologisch gefärbte Ansicht ist. Es handelt sich um das Urteil eines Wissenschaftlers, nachdem er bislang geheime Regierungsakten der Bundesrepublik gelesen hatte.

Es bestätigt aber meine Meinung: Würden die Akten aller Bundesregierungen und ihrer Geheimdienste so zugänglich sein, wie es die Akten der DDR sind, viele Bundesbürger würden sich wundern, was da alles gelaufen ist. Sofern der Glaube vorhanden war, daß dort alles besser, sauberer, moralischer und demokratischer als in der DDR gewesen wäre, bräche er wie ein Kartenhaus zusammen. Ist es angesichts dieser Situation nicht auch dringend notwendig, sich um die Demokratie in der Bundesrepublik Sorgen zu machen? Zum Beispiel: Wie kommt es, daß bei den letzten Landtagswahlen nur noch knapp die Hälfte aller Wähler zur Wahl gegangen ist? Warum sind die Nichtwähler die stärkste Partei in Deutschland? Wer auch immer mit wem nach den drei Landtagswahlen eine Koalition bildet, keine dieser Parteienbündnisse kommt auf eine

höhere Zustimmung als auf 25 % aller Wahlberechtigten! Das ist ein Alarmsignal, das höchstens am Wahlabend vor den Bildschirmen thematisiert wird, in der praktischen Politik aber nicht. In der gestrigen „Demokratierede“ des Bundespräsidenten hat man darüber kein Wort gehört.

Er hat ein anderes Thema. In seiner Rede vor dem Bundestag am 17. Juni 2013 relativierte Herr Gauck das Wort von Thomas Mann vom Antikommunismus als der Grundtorheit des 20. Jahrhunderts. Er forderte einen aufgeklärten Antikommunismus. Wer für seine Art des Antikommunismus kein Verständnis habe, suggerierte er, habe „das 20. Jahrhundert nicht verstanden“. Da ich für mich in Anspruch nehme, das vergangene Jahrhundert verstanden zu haben, frage ich einfach:

Wer ist denn für die schlimmsten Verbrechen des zurückliegenden Jahrhunderts verantwortlich?

Nicht Kommunisten oder Sozialisten haben die beiden Weltkriege zu verantworten, den Holocaust hervorgebracht, den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki befohlen, den Kolonialismus bis zur Ausrottung ganzer Völker betrieben, die Ermordung der Rosenbergs, Lumumbas oder Che Guevaras befohlen, den Tod Salvador Allendes verursacht und die Abenteuer gegen Kuba oder Grenada angeordnet.

Wer stand denn auf der Seite jener, die Vietnam in die Steinzeit bomben wollten, Militärdiktaturen in aller Welt unterstützten oder an die Macht brachten, die Apartheid guthießen und Nelson Mandela noch 1990 einen Terroristen nannten? Jedenfalls nicht die DDR! Das alles und noch viel mehr gedieh und gedeiht weiter unter kapitalistischen Verhältnissen.

Wer anders als der Kapitalismus ist weltweit verantwortlich für Zustände, die der Schweizer Soziologe Jean Ziegler wie folgt schildert:

„Die Goldberge steigen im Westen und die Leichenberge im Süden. Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 47 000 Menschen sterben jeden Tag an Hunger, und mehr als eine Milliarde, fast ein Sechstel der Menschheit, sind permanent unterernährt. An den Finanzplätzen der Welt zirkulieren täglich ... circa 1000 Milliarden Dollar, die ihre ... Herkunft wechseln. Davon sind nur 13 % wertschöpfendes Kapital ..., 87 % sind reines Spekulationskapital. Die Oligarchen dieses Spekulationskapitals, vollständig losgelöst von irgendeiner Realwirtschaft, beherrschen die Welt. Die haben eine Macht, wie sie in der Geschichte der Menschheit nie ein König, Kaiser oder Papst gehabt hat ...“²⁵

Warum die Aussagen von Thomas Mann zum Antikommunismus uminterpretiert werden, ist erklärbar. Der weltweit geschätzte Schriftsteller wandte sich frühzeitig gegen die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus. Hier seine Meinung im Originaltext: „Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmeren Falle ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ... wird er mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Haß aber allein den Kommunismus bekämpfen.“²⁶

²⁵ „Neues Deutschland“, 26. April 2010, Seite 3

²⁶ Thomas Mann in Essays, herausgegeben von H. Kurzke, Band 2, Fischer-Verlag, Frankfurt/Main 1993

4. Keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen

Häufig werde ich gefragt: Kannst du in einem Satz sagen, woran die DDR zugrunde gegangen ist? Müßte ich es, würde ich meinen: Letztlich entscheidet die höhere Arbeitsproduktivität. Das wissen wir von Lenin. Das ungleiche Rennen Mercedes gegen Trabbi haben wir verloren, weil wir diese höhere Produktivität leider nicht erreichen konnten. In diesem Punkt bin ich gar nicht so weit entfernt von Helmut Kohl. Für ihn war es – wie es aus jüngst veröffentlichten Dokumenten hervorgeht – die wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion, die zum Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Länder geführt hat. Wer noch immer glaubt, wir hätten nur Gorbatschow folgen müssen, der übersieht, daß dieser mit seiner Konzeption im eigenen Land gescheitert ist. Durch die Zerschlagung der UdSSR ist Rußland in seiner Entwicklung um ca. 20 Jahre zurückgeworfen worden.

Die Antwort auf die uns alle schmerzende Frage, warum es uns nicht gelungen ist, die Ideale der Gründergeneration der DDR unter den neuen Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts zu verwirklichen, ist äußerst komplex. Sie umfaßt sowohl subjektive wie objektive, nationale wie internationale, globalpolitische wie lokale, ökonomische wie politische, ideologische und moralische Aspekte. Einen davon will ich herausgreifen: 1982 signalisierte uns die sowjetische Führung, daß sich die UdSSR damals in einer ähnlichen Situation befände wie zu Zeiten des Brester Friedens. Das konnte nur bedeuten: Es geht um Sein oder Nichtsein. Erich Honecker antwortete darauf, daß die mit dieser Situation verbundene Kürzung der Erdöllieferungen aus der Sowjetunion die Existenz der DDR in Frage stelle. Zweifelsfrei hatte er damit recht. Doch wir zogen daraus falsche Schlußfolgerungen.

Als Beweis möchte ich einen Gedanken des XI. Parteitages von 1986 anführen. Im Rechenschaftsbericht heißt es: „Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre standen wir vor der Frage, wie es weitergehen soll. Sollten wir jenen Gehör schenken, die für ein Abbremsen des Tempos waren, oder denjenigen, die dafür waren, die umfassende Intensivierung, den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter durchzuführen. Wir haben diesen Kurs gewählt ...“²⁷ Ich habe damals wie alle Delegierten Beifall geklatscht. Heute weiß ich: Statt eine eigene Bestandsaufnahme zu machen und über die zu lösenden Aufgaben ohne Rücksicht darauf, daß unsere politischen Gegner dies für sich ausschachten könnten, mit der Bevölkerung offen zu sprechen, beschworen wir die Kontinuität, die sich angesichts der neuen Bedingungen so nicht aufrechterhalten ließ. Die Bevölkerung der DDR war nicht nur gut gebildet, sie war auch politisch sehr interessiert. Sie hätte ein offenes Wort – und wäre es noch so hart gewesen – als Ansporn aufgefaßt.

Damit bin ich bei einem unserer Kardinalfehler: Als die inneren und äußeren Schwierigkeiten zunahmen, als sich die Realität des Alltags mehr und mehr von unseren Idealen entfernte, verlernte das Politbüro, das Erich Honecker leitete und dem ich angehörte, auf die Stimmung der Bevölkerung zu hören.

Es ignorierte die warnenden und mahnenden Stimmen aus den eigenen Reihen und der Bevölkerung. Es verweigerte sich der Analyse der Gründe für die zunehmende Abkehr von Bürgern von unserem Staat. Die DDR-Wirklichkeit hatte sich mehr vom Ideal

entfernt, als die Bevölkerung hinnehmen wollte. Das belastete das Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Bevölkerung. Als im Sommer 1989 die Stimmung umkippte, herrschte im Politbüro leider Sprachlosigkeit. Sie hat zur Vertiefung der innenpolitischen Krise der DDR wesentlich beigetragen. Ich will nicht spekulieren, was wäre wenn. Aber ich bin überzeugt, ein offenes Wort zur rechten Zeit hätte geholfen, mehr Verständnis für die entstandene Lage zu erreichen.

Wenn ich über den Anteil der DDR an ihrer Zerstörung spreche, erinnere ich an einen Gedanken Lenins, der das Problem auf den Punkt bringt: „Alle revolutionären Parteien“, sagte er, „die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft lag, daß sie sich scheuten, von ihren Schwächen zu sprechen.“²⁸ Mit der Parole „Keine Fehlerdiskussion, Genossen“, haben wir uns leider selbst die Waffe der Kritik und Selbstkritik genommen. Entscheidend für das Ende der DDR aber war wohl: Die DDR war von Anfang an Teil eines Ganzen, das vom Stillen Ozean bis an die Elbe und Werra reichte. Ihr Schicksal war immer mit dem der Sowjetunion verbunden. Im Guten wie im Schlechten. Ohne deren politische und ökonomische Unterstützung wäre die DDR nicht lebensfähig gewesen. Die DDR ist im Kampf der Systeme mit zerbrochen. Sie gehörte zu den Verlierern eines Krieges, eines kalten zwar, aber eines, der oft am Rande einer möglichen atomaren Katastrophe geführt wurde.

Zur Jahreswende 1988/89 gab mir Erich Honecker eine streng geheime Information zum Lesen. Er hatte sie von einer zuverlässigen Quelle aus dem Weißen Haus erhalten, noch bevor der frühere CIA-Chef, George Bush sen., zum 41. Präsidenten der USA vereidigt wurde. Darin stand: „Der neue US-Präsident denkt nicht daran, eine strategische Partnerschaft zwischen den USA und der UdSSR, wie sie Gorbatschow anstrebt, einzugehen. Nicht die USA müßten Gorbatschow entgegenkommen, sondern Gorbatschow müsse den USA entgegenkommen.“²⁹

Aus dem Geheimpapier erfuhren wir auch, daß Vernon A. Walters, ein persönlicher Freund Bushs aus CIA-Zeiten, neuer US-Botschafter in Bonn werden sollte. Walters war der Mann fürs Grobe. Keine Schurkerei der CIA der letzten Jahrzehnte außerhalb der US-amerikanischen Grenzen ohne sein Zutun. Wo gegen souveräne Regierungen geputscht wurde, die den USA nicht paßten, war der CIA-Mann dabei. Bush soll seinem Getreuen den Botschafterposten in Bonn mit den Worten schmackhaft gemacht haben: „In Deutschland geht es ums Ganze!“

Diese Mitteilung habe ich damals unterschätzt. Ich glaubte, es handle sich lediglich um eine der vielen Drohgebärden, die in der Zeit der Systemkonfrontation zur Tagesordnung gehörten. Tatsächlich aber war sie Teil eines „Masterplans“ der neuen US-Administration. Bush hatte die Parole herausgegeben, die Sowjetunion, „in die Wertegemeinschaft des Westens“ zu holen. Er proklamierte die Überwindung der Spaltung Europas durch die Überwindung des Sozialismus.

Dieser Plan wurde auf dem NATO-Gipfel in Brüssel Ende Mai 1989 erörtert. Die USA sahen in Folge der Destabilisierung der Sowjetunion durch Gorbatschows Politik die Chance, zu erreichen, was ihr durch keinen heißen Krieg möglich geworden wäre: Die UdSSR und ihre Verbündeten zur Kapitulation zu zwingen.

²⁷ Protokoll des XI. Parteitages der SED, Dietz-Verlag, Berlin 1986, Seite 48

²⁸ Lenin, Werke, Band 33, Dietz-Verlag, Berlin 1982, Seite 297

²⁹ Zitiert nach Tagebuchaufzeichnungen

Wolfgang Schäuble ließ vor fünf Jahren die Leser des „Neuen Deutschland“ wissen, daß ihm Walters schon im April 1989 gesagt habe, daß noch in dessen Amtszeit die „Wiedervereinigung“ kommen werde.³⁰ So hellseherisch konnte nur jemand sein, der Mitautor der Konzeption zur Ausschaltung der UdSSR als Kontrahent war. Inzwischen ist klar, daß es den USA keineswegs nur um die deutsche Einheit ging. Dafür hätten sie sich nicht mit François Mitterrand und Margaret Thatcher angelegt. Die deutsche Einheit war nicht ihr Hauptziel. Sie war lediglich ein Mittel, um die UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen. Sie war eine Zwischenstation auf ihrem Weg, einzige Supermacht zu sein.

Kürzlich meinte die Ministerpräsidentin von Thüringen: „Daß wir ohne Gewalt mit Kerzen und Gebeten eine Diktatur bezwungen haben, bleibt ein Wunder der Geschichte.“³¹ Selbst ihr Parteifreund Kohl mag dieser Interpretation nicht folgen. In einem Gespräch mit dem Publizisten Heribert Schwan äußerte sich der Altkanzler wie folgt: „Es ist ganz falsch, so zu tun, als wäre da plötzlich der Heilige Geist über die Plätze in Leipzig gekommen und hat die Welt verändert.“ Vielmehr, so meint er, sei „die Schwäche Moskaus ursächlich gewesen“.³²

In der Tat: Wunder kannte auch die Geschichte im Herbst 89 nicht. Der Gedanke, daß Kerzen die sozialistischen Staaten Europas bezwangen, mag ja schön klingen und nachträglich auch das Selbstbewußtsein einiger Akteure stärken.

Es war wohl eher die Niederlage der UdSSR im Kalten Krieg mit den USA. Die Sowjetunion hat sich tottrüsten lassen. Auch das war kein Wunder, sondern lag unter anderem an ihrem und ihrer Verbündeten Rückstand in der Arbeitsproduktivität wie auf dem Gebiet der Hochtechnologien und an der Erpreßbarkeit einiger RGW-Länder durch den IWF durch die Anhäufung von Devisenschulden. 1991 schließlich beging die Sowjetunion politischen Selbstmord.

5. Das Gedenkjahr 2014

Zwei Drittel des sogenannten Erinnerungsjahres 2014 liegen hinter uns. Manches spricht dafür, daß das Wort des Bundespräsidenten von der historischen Schuld, hinter der sich Deutschland nicht verstecken solle³³, dazu beitrug, deutsche Schuld zu relativieren.

Der Erste Weltkrieg wurde als „Urkatastrophe“ etikettiert, so, als wäre er wie eine Naturkatastrophe über die Welt gekommen, oder man sei halt als „Schlafwandler“ hineingewandelt. Kaum erwähnt wurde, daß es ein imperialistischer Krieg war, bei dem es auch für Deutschland um einen „Platz an der Sonne“ ging.

Für den Zweiten Weltkrieg soll es nun gleich zwei Schuldige geben: Hitler und Stalin! Selbst die Bundestagssitzung am 10. September wurde genutzt, um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag einfach in einen „Hitler-Stalin-Pakt“ umzufunktionieren, der die Ursache für den deutschen Überfall auf Polen gewesen sein soll. Mir ist wohl bewußt, daß dieser Vertrag damals wie heute auch Kommunisten irritierte. Doch darf man

als Politiker ignorieren, daß die Westmächte alle Bestrebungen der UdSSR für eine europäische Sicherheit torpediert hatten und Moskau interessiert war, Zeit für die eigene Verteidigung zu gewinnen? Wieso wird denn „vergessen“, daß das eigentliche Kriegsziel der Nazis die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“, also die Zerschlagung der UdSSR, war? Wenn in den offiziellen Reden über die deutsche Verantwortung am Zweiten Weltkrieg die Vertreter der deutschen Wirtschaft und des Militärs kaum erwähnt werden, liegt doch der Verdacht nahe, daß dies nicht ins herrschende Geschichtsbild paßt. Es ist wohl deshalb so, weil kompetente Vertreter der Nazigenerationalität und des Großkapitals auch an der Wiege der alten Bundesrepublik standen und beispielsweise deren Geheimdienste und die Bundeswehr aufgebaut haben.

Der 9. November 1989 wird inzwischen zu einem der wichtigsten Daten des Jahrhunderts umfunktioniert. Dazu eignet er sich nun wahrlich nicht. Was heute unredlich als „Sturm auf die Mauer“ bezeichnet wird, war damals das Wahrnehmen einer auf einer Pressekonferenz ausgesprochenen Einladung durch ein SED-Politbüromitglied, „ab sofort“ die Grenze passieren zu können. Nachdem Günter Schabowski aus Schußligkeit die durch die DDR-Führung beschlossene Grenzöffnung vom 10. November auf den Abend des 9. November vorverlegt hatte, strömten viele Berliner zu den Grenzübergängen. Wahrlich nicht in der Absicht, die Mauer einzureißen, sondern um die Einladung Schabowskis, die schnell über die Medien transportiert wurde, anzunehmen. Da die Grenzsoldaten aber zur Öffnung noch keine Befehle hatten, entstand zunächst eine chaotische Situation, die leicht hätte in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen umschlagen können.

Am Morgen des 10. November war ich nicht der glücklichste Deutsche, weil die Grenze geöffnet wurde, sondern weil die Nationale Volksarmee, ihre Grenztruppen, die Volkspolizisten und die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit diese Ausnahmesituation gemeistert hatten, ohne daß es auch nur ein besonderes Vorkommnis gegeben hätte. Wie mir damals der amerikanische Botschafter in der DDR sagte, habe US-Präsident George Bush die Nachricht über die Grenzöffnung in Berlin zunächst gar nicht glauben wollen. Bundeskanzler Kohl erhielt die Information bei einem Bankett in Warschau, und Gorbatschow war nachts in Moskau telefonisch nicht mehr erreichbar. Dennoch lassen sie sich für den 9. November feiern und streiten sich höchstens über die Frage, wer mehr dafür getan hat, Gorbatschow oder der polnische Papst. Die eigentlichen Helden aber waren jene, die an der Grenze Dienst taten. Ich weiß, es klingt zynisch, aber ist leider Realität. Grenzkommandeure, die dazu beigetragen haben, daß alles friedlich verlief, wurden nach 1990 in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt. Am frühen Morgen des 10. November machte uns die sowjetische Seite den Vorwurf, die DDR sei wegen des Vier-Mächte-Status von Berlin nicht berechtigt gewesen, die Grenze zu Westberlin zu öffnen.³⁴ Auch die Militärverbindungsmissionen der drei Westmächte in Potsdam waren irritiert.³⁵ Wie sehr zu

³⁰ Wolfgang Schäuble, Interview, „Neues Deutschland“, 18. Mai 2009

³¹ Frau Lieberknecht, Interview in der „Super-Illu“, Nr. 25/2014

³² Gespräch Helmut Kohls mit dem Journalisten Heribert Schwan, „Der Spiegel“, Nr. 41/2014, Seite 20

³³ Rede des Bundespräsidenten auf der Münchener Sicherheitskonferenz

³⁴ Telefongespräch zwischen Egon Krenz und UdSSR-Botschafter Kotschemassow am 10. November 1989

³⁵ Siehe Fernschreiben des Chefs des Stabes der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR vom 12. November 1989 an Generaloberst Fritz Streletz

diesem Zeitpunkt noch militärische Aspekte eine Rolle spielten, geht auch daraus hervor, daß der Chef der US-amerikanischen Mission erklärte, „das USA-Oberkommando würde Einwände erheben, falls Armeeingehörige der DDR Berlin (West) besuchen sollten“³⁶.

Als Helmut Kohl und ich am 11. November 1989 telefonierte, bedankte er sich für die „Öffnung der Grenzübergänge“, nicht – wie es heute heißt – für „den Fall der Mauer“. Letzteres erfolgte nämlich erst Monate danach. Während unseres Telefonats meinte der Kanzler noch, daß „jede Form der Radikalisierung gefährlich ist“. Er unterstrich: „Wir werden uns nicht zu unterhalten brauchen, was für Gefahren das sein können, das kann sich jeder leicht ausrechnen.“³⁷

Am Abend des 9. November und im Verlaufe des 10. November 1989 bestand die reale Gefahr einer militärischen Eskalation, in die auch die Großmächte hätten hineingezogen werden können. Wenn es um den 9. November geht, gibt es Aktuelles und Historisches zu berücksichtigen. Man bedenke nur, welchen Platz er in der wechselvollen deutschen Geschichte einnimmt. Es ist ja nicht nur die Erinnerung an die deutsche Novemberrevolution 1918. Nein, es ist vor allem das Gedenken an eine der schmerzlichsten Seiten der deutschen Geschichte überhaupt. Der 9. November 1938 war ein Fanal zum schrecklichsten Verbrechen der Menschheit, dem Völkermord an den Juden. Ein solches Datum darf durch kein anderes überdeckt oder gar verdeckt werden.

Interessant ist, daß Politiker und Medien inzwischen der Frage ausweichen: Wie wurde aus der breiten Bewegung „Wir sind das Volk“, die für eine reformierte DDR eintrat, ein Konteraufmarsch mit dem Slogan „Wir sind ein Volk“? Aus eigenem Wissen sage ich: Die Initialzündung dafür kam nicht aus der DDR, sondern aus westlicher Richtung, fast zeitgleich mit einer Bundestagsrede von Helmut Kohl am 28. November 1989. Indirekt gesteht das ja sogar Herr Gauck in seiner gestrigen Rede ein. Er würdigte den „ermutigenden Einfluß“ des Fernsehens aus der Bundesrepublik auf die Ereignisse in der DDR.

Keine der damals neu erstandenen Bewegungen oder Parteien hatte die deutsche Einheit auf der Tagesordnung. Wer nicht Opfer von Legenden werden will, sollte sich die Zeit nehmen, Originaltexte von damals zu lesen. Aktuelle Interpretationen haben mit der Realität von damals kaum noch etwas zu tun. Hier nur einige Beispiele:

Pfarrer Friedrich Schorlemmer formulierte: „Es geht nicht um die Emeritierung des Sozialismus, sondern um seine Erneuerung.“

Der spätere Grünen-Politiker Wolfgang Ullmann wurde von einem Journalisten der „taz“ gefragt: „In der Frage der Souveränität zieht die Opposition mit der SED an einem Strang?“ Der Kirchenhistoriker antwortete: „Ja, ich schäme mich nicht, das zu sagen ... Im übrigen gehöre ich zu den Leuten, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie sich in bezug auf die antifaschistische Grundentscheidung immer an der Seite der Kommunisten auch in unserem Land gewußt haben.“³⁸

Das Neue Forum, das am 11. September 1989 zum „Aufbruch jetzt“ rief, will: „... Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber

keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft“. Es will „das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen ...“³⁹ Im Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“, zu der auch die heutige Grünen-Fraktions-Chefin Katrin Göring-Eckardt gehörte, heißt es: „Der Sozialismus darf nicht verlorengelassen werden, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.“⁴⁰

Der „Demokratische Aufbruch“, dessen Pressesprecherin Angela Merkel war, betonte in einem Grundsatzdokument: „Die kritische Haltung ... zum realexistierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung: Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus.“

Bärbel Bohley antwortete in der französischen Zeitung „Le Figaro“ auf eine Frage zur deutschen Einheit: „Das ist ein Thema für Wahlkampagnen in Westdeutschland. Die westdeutsche Lebensweise ist uns ganz und gar fremd ... Was die BRD will, ist eine Vereinigung, bei der sie ihr Modell durchsetzt. Die Ostdeutschen wollen sich aber nicht 40 Jahre ihrer Geschichte entledigen.“

Schließlich sprachen bei der Kundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz 26 Redner. Nicht einer von ihnen hat die deutsche Einheit gefordert.

Der Beispiele genug. Sie zeigen, wie verlogen es ist, die Herbstereignisse 1989 als eine Revolution für die deutsche Einheit auszugeben.

Fast auf den Tag genau vor fünf Jahren behauptete Altbundespräsident Köhler allen Ernstes: „Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schußwunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.“⁴¹

Weder gab es Panzer vor noch in der Stadt. Es gab keinen Befehl, auf Menschen zu schießen. Es wurde weder Blutplasma noch wurden Leichensäcke bereitgestellt. Nicht einmal eine Stadthalle hatte es damals gegeben!

Wir wissen: Lügen, die einmal verbreitet sind, halten sich vor allem, wenn sie den Interessen der Herrschenden entsprechen. Wie selbstverständlich wiederholte daher auch der Ministerpräsident von Niedersachsen die obige Unwahrheit auf dem Festakt zur deutschen Einheit.

Als ich den schon oben erwähnten Artikel von Richard Schröder las, wurde mir auch klar, warum dies so ist. Bestimmte Leute hätten vermutlich lieber Gewalt gehabt. Das hätte ihrem Feindbild von der DDR entsprochen. Nun sind sie enttäuscht, daß die Gewaltlosigkeit zum Erbe der DDR und nicht zum Verdienst von Herrn Gauck gehört, der übrigens 1989 erst „mutig“ wurde, als die Messen längst gelesen waren.

Wer beansprucht, objektiver Chronist sein zu wollen, darf Fakten nicht willkürlich weglassen. Das Gewaltmonopol lag beim

³⁶ Ebenda

³⁷ Telefongespräch zwischen Generalsekretär Egon Krenz und Bundeskanzler Kohl am 11. November 1989

³⁸ Interview mit Wolfgang Ullmann, „taz“ vom 18. November 1989

³⁹ Aufruf zur Gründung der Initiativgruppe Neues Forum, „taz“ vom 13. September 1989

⁴⁰ Gründungsaufwurf „Demokratie jetzt“

⁴¹ Rede des Bundespräsidenten Köhler anlässlich des 20. Jahrestages der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989

Staat DDR. Die Entscheidung, politisch entstandene Probleme auch nur politisch und nicht mit Gewalt zu lösen, wurde am Vormittag des 8. Oktober 1989 auf einer Beratung mit allen für die Sicherheit der DDR Verantwortlichen gefaßt, an der auch Günter Schabowski, Wolfgang Herger und ich teilnahmen. Am gleichen Tag hatte der Chef der Bezirksverwaltung des MfS Leipzig, General Manfred Hummitzsch, den Befehl aus Berlin erhalten, keine Gewalt anzuwenden. Er hat in diesem Sinne in Leipzig verantwortungsvoll mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR zusammengewirkt.

Die sogenannten Aufarbeiter möchten gern den Aufruf der Leipziger sechs zu einem Appell einer Freiheitsrevolution auslegen, die man am liebsten in der Tradition der Revolutionen von 1848 und 1918 sehen möchte. Das gibt der Text aber nicht her. Dort steht wörtlich: „Wir alle brauchen einen freien Meinungs-austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. ...“⁴²

Das war kein Ruf nach Abschaffung der DDR. Der 9. Oktober war eine Aufforderung, endlich die Sprachlosigkeit des Politbüros zu beenden. Das war kein Aufruf für Zustände, die viele Teilnehmer der Demonstration heute beklagen.

Tatsache ist, daß es am 9. Oktober 1989 keinerlei Forderungen nach Abschaffung der DDR gab. Auch der Rücktritt der Regierung wurde dort nicht verlangt. Der Dirigent Kurt Masur, der Theologe Dr. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange sowie die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meier, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel hatten die Bevölkerung zur Besonnenheit aufgerufen. Und weil drei SED-Bezirkssekretäre unter den Unterzeichnern waren, was den Regierenden heute natürlich nicht paßt, wird die Mär verbreitet, sie hätten dafür „Hausarrest“ bekommen. Der Prominenteste von ihnen sei sogar vom sowjetischen Konsul befreit und nach Kiew ausgeflogen worden. Am 24. und 31. Oktober 1989, so weiß Herr Schröder, sei für die Sitzung des Politbüros ein Beschluß vorbereitet worden, mit dem der Ausnahmezustand verhängt werden sollte.⁴³ Aus eigenem Wissen kann ich sagen: In der politischen und militärischen Führung der DDR hat dies nie eine Rolle gespielt. Im Unterschied zur Notstandsgesetzgebung der BRD war in der DDR-Verfassung kein Ausnahmezustand vorgesehen.

Leider fallen auch so integre Politiker wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker auf Legenden herein. In seinem Buch „Der Weg zur Einheit“ heißt es: „Trotz ausdrücklicher Anforderung durch die Sicherheitskräfte der DDR blieben sowjetische Streitkräfte auf Befehl aus Moskau in ihren Quartieren.“ Nur ein kurzer Satz, aber gleich mit mehreren Fehlern: Angenommen, die DDR-Führung hätte wirklich Gewalt anwenden wollen, dann hätte sie dazu keine sowjetischen Streitkräfte anfordern müssen. Die eigenen Schutz- und Sicherheitskräfte hätten ausgereicht. Belegt ist zudem: Niemand aus der DDR-Führung oder den Sicherheitsorganen hat im Herbst 89 sowjetische Truppen angefordert.

Ein Befehl aus Moskau, daß sowjetische Truppen in ihren Quartieren bleiben sollten, ist nirgendwo dokumentiert. Auch der Oberkommandierende der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Pjotr Luschew, und der Chef der Westgruppe

der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Boris Snetkow, mit denen ich in dieser Zeit engste persönliche Kontakte hatte, haben mir gesagt, einen solchen Befehl nie erhalten zu haben. Versichert haben sie aber, die Bündnisverpflichtungen gegenüber der DDR einzuhalten. Ein äußerst kompetenter Zeitzeuge war der sowjetische Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow. Er gab 1997 öffentlich zu Protokoll: „In der dramatischen Phase haben unsere Generäle im Oktober und November 1989 einen militärischen Einsatz erwogen und angeboten.“⁴⁴ Eine solche Aussage paßt nicht zur Diskreditierung der DDR. Deshalb wird sie allgemein verschwiegen.

Man sagt uns nun: Daß Regierende keine Gewalt gegen das Volk anwenden sollten, sei doch wohl das normalste der Welt. Richtig – sollte! Die aktuelle Politik aber zeigt anderes. Interessant dürfte doch auch die Frage sein, wie sich denn die EU-Staaten in einer vergleichbaren Situation verhalten würden. Der emeritierte Professor für öffentliches Recht an der Universität Nürnberg-Erlangen, Albrecht Schachtschneider, hat herausgefunden, daß nach dem Lissabon-Vertrag bei Aufstand und Aufruhr ohne Gesetz und ohne richterlichen Beschluß getötet werden darf. Und er fügte hinzu: „Nach meiner Meinung könnten die Montagsdemonstrationen in Leipzig als Aufruhr definiert werden, wie praktisch jede nicht genehmigte Demonstration. ... Sie brauchen ja nur ein paar ‚Autonome‘, die Steine schmeißen.“⁴⁵

Das ist dann eigentlich auch schon die Antwort auf die Frage, wie sich die EU-Staaten, also auch die Bundesrepublik Deutschland, wahrscheinlich verhalten würden, wenn ihr politisches System in Frage stünde. Und wie das mit dem „Normalsten der Welt“ heutzutage leider aussieht, zeigen beispielsweise die Drohneneinsätze der USA zum Töten ohne Urteil, der Krieg Kiews gegen die Bevölkerung der Ostukraine, die Kriege im Nahen und Mittleren Osten und vieles mehr.

Vor einigen Wochen machte ein Historiker des militärhistorischen Instituts aus Potsdam geheime NATO-Dokumente bekannt, die ganz offiziell ans Tageslicht bringen: Die NATO, also auch die Bundesrepublik, war bereit, gezielt Atomwaffen gegen die DDR einzusetzen.⁴⁶ Diese Katastrophe brach deshalb nicht aus, weil es eine bipolare Welt gab. Militärisch gab es ein Patt, ein militärstrategisches Gleichgewicht. Beide Seiten hätten sich gegenseitig vernichten können. Darauf haben sie verzichtet. Glücklicherweise.

Nach dem Treffen Honecker/Strauß Anfang der achtziger Jahre rief dessen Ehefrau euphorisch aus: „Der Honecker ist ein beeindruckendes Mannsbild. Schade nur, daß der Kommunist ist.“ Hier kommt eine bundesdeutsche Grundstimmung zum Ausdruck, mit der wir auch in Zukunft zu rechnen haben: Es ist der alltägliche Antikommunismus, die theoretische Grundlage auch der Auseinandersetzung mit der DDR.

Wie der einzelne sein Leben empfunden hat, muß er für sich selbst entscheiden. Die Hoheit darüber dürfen wir aber nicht jenen überlassen, die nie in der DDR gelebt oder sie von Anfang an bekämpft oder sich nachträglich um 180 Grad gedreht haben. Politik und Medien hierzulande grenzen jene Bürger

⁴² Aufruf im Archiv des Autors

⁴³ Vergleiche: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 6. Oktober 2014, Seite 8

⁴⁴ Vergleiche: „Der Spiegel“, Nr. 36/1997, Seite 46

⁴⁵ Vergleiche: „Focus-Money“, Nr. 35/2009

⁴⁶ Vergleiche: Dr. Klaus Storkmann, Mitarbeiter am militärhistorischen Institut in Potsdam in der „Ostthüringischen Zeitung“ vom 24. April 2014

aus, die sich nicht vorschreiben lassen wollen, wie ihr Leben in der DDR gewesen sein soll.

Zu Helden werden hierzulande jene erhoben, die tatsächlich oder vermeintlich mit der DDR im Konflikt standen oder sie verlassen haben. Diejenigen aber, die geblieben sind, die das Land in harter Arbeit aufgebaut haben, werden von den Herrschenden und ihren Ideologen bestenfalls von oben herab belächelt. Vielleicht noch „bedauert“, weil sie ja alles, was gut war in der DDR, nur gegen den Widerstand der „Politbürokraten“ erreicht hätten. Oder sie werden gar, wie dies eine Dame aus der Jahn-Behörde über die siebzig Autoren des Buches über Walter Ulbricht tat, zu einem „Gruselkabinett der Ewiggestrigen“⁴⁷ gezählt. Wer sich der DDR erinnert, wie sie tatsächlich war, und sich nicht dem Zeitgeist beugt, wurde auf einem CDU-Parteitag bereits in die Nähe von Demenz⁴⁸ gerückt. Was für ein niedriges Niveau der politischen Streitkultur in Deutschland!

⁴⁷ Daniella Münkel, Historikerin aus der alten Bundesrepublik, über die Autoren des Buches „Walter Ulbricht“ in der FAZ vom 18. Juli 2013: „Krenz dokumentiert siebzig Beiträge von Weggefährten und Zeitgenossen Ulbrichts – über weite Strecken ein Gruselkabinett der Ewiggestrigen.“

⁴⁸ Dagmar Schipanski (CDU), frühere Präsidentin des Landtages von Thüringen, über Menschen, die anders als sie über die DDR denken, sagt: „Im persönlichen Leben ist Demenz eine schlimme Krankheit. Für eine Gesellschaft gilt dies in gleicher Weise.“

Vielleicht ist aufgefallen: Ich spreche nicht vom Scheitern des Sozialismus, sondern von einer Niederlage. Für mich ist das keine formale Frage. Scheitern hat etwas Endgültiges an sich, Niederlage ist eher etwas Zeitweiliges. Wenn der Sozialismus gescheitert wäre, könnte das ja auch bedeuten, daß er auch in Zukunft keine Chance mehr hätte und der Kapitalismus doch das Ende der Geschichte wäre.

Der erste Anlauf für eine ausbeutungsfreie Gesellschaft, die Pariser Kommune, überdauerte 72 Tage, der zweite, die Oktoberrevolution, hielt schon 72 Jahre. Der dritte Anlauf wird kommen. Wann? Das wissen wir nicht. Die positiven wie die negativen Erfahrungen der DDR sind aber dafür unerlässlich.

Ich kann Euch nur bitten: Schreibt für Eure Kinder, Enkel und Urenkel Eure Lebensgeschichte in der DDR auf, mit Euren eigenen Überlegungen, auch mit unseren Irrtümern. Dokumentiert diese Lebensläufe bei der Erinnerungsbibliothek DDR. So machen wir den Anti-DDR-Ideologen ihr Leben schwerer. Laßt uns alles tun, damit die DDR-Geschichte an künftige Generationen so weitergegeben wird, wie sie tatsächlich verlaufen ist. In diesem Sinne: Der Zukunft zugewandt und nichts vergessen!

